



Stadt will sich von US-Techkonzernen befreien

Martin Huber und Stefan Häne

Verwaltung in der Microsoft-Falle Die Stadt spürt die Abhängigkeit von Microsoft zunehmend auch finanziell, der politische Druck auf einen Ausstieg wächst. Zürich brauche rasch einen «Plan B», sagt ein IT-Rechtsexperte.

Die Rechnung wird teuer und teurer. Die Stadt Zürich gibt für Lizenzen des Softwaregiganten Microsoft immer mehr Geld aus. Zwischen 2019 und 2025 sind die jährlichen Ausgaben von 7,4 auf 28,4 Millionen Franken gestiegen, was einer Vervierfachung innert sieben Jahren entspricht. Für das laufende Jahr sind bereits 31,5 Millionen veranschlagt, wie aus einer Antwort des Stadtrats auf eine Anfrage der SVP im Gemeinderat hervorgeht.

Die steigenden Kosten und die Abhängigkeit vom US-Techkonzern beunruhigen die Politik. Im Dezember hat der Gemeinderat Druck auf den Stadtrat gemacht – mit einem Postulat, das eine Allianz aus SVP und FDP sowie den Linksparteien überwiesen hat.

Der Stadtrat muss nun prüfen, wie Daten der Stadt – etwa sensible Gesundheits- oder Steuerdaten – künftig auf Rechenzentren und Servern gespeichert und verarbeitet werden, die in der Schweiz stehen. Zudem dürfen deren Betreiber keiner Gesetzgebung unterliegen, die ausländischen Behörden die Kompetenz einräumt, auf diese Daten zuzugreifen. Umstritten ist insbesondere der US Cloud Act, der der US-Regierung genau dies erlaubt.

Der Vorstoss stammt aus der Feder der SVP. Ihr Gemeinderat Derek Richter sagt, die Stadt habe sich über viele Jahre in eine einseitige Abhängigkeit von Microsoft begeben. «Jetzt, da unsere persönlichen Daten bedroht sind, findet endlich ein Umdenken statt.» Finanzvorsteher Daniel Leupi müsse endlich reagieren und Alternativen anschaffen.

Auch FDP-Gemeinderat Flurin Capaul fordert eine Reaktion. Die zuständige Stelle in Leupis Departement, die städtische Informatik OIZ, gebe bei grossen Anbietern wie Microsoft stetig

mehr Geld aus, und das ohne klaren Mehrwert für die Stadt, kritisiert Capaul. «Leupi geht den Weg des geringsten Widerstands und spricht freihändig Millionen, statt zügig Alternativen einzuführen.»

Schrittweise Abkehr von Microsoft gefordert

Im Gemeinderat sind weitere Vorstösse hängig. Die AL verlangt eine schrittweise Abkehr von Unternehmen, die dem US Cloud Act unterstehen. Der Vorstoss zielt auf Microsoft Office 365. Sollte die US-Regierung ihre Interessen gegenüber der Schweiz durchsetzen wollen, könnte sie die Techkonzerne anweisen, den Zugang für bestimmte Kunden einzuschränken, schreibt die AL. Und weiter: «Die Stadt könnte dadurch den Zugriff auf essenzielle Dokumente und E-Mails verlieren.»

Beunruhigt zeigt sich auch die SP. Mit dem zunehmend autoritären Auftreten des US-Präsidenten werde immer deutlicher, dass Europa von amerikanischen Konzernen unabhängiger werden müsse, sagt Präsident Oliver Heimgartner. «Wir sehen in den aktuellen Erpressungsversuchen rund um Grönland, dass es unterdessen auch eine Frage der Sicherheit wird, möglichst wenig

erpressbar zu sein.» Diese Überlegungen müsse sich nun auch die Stadtverwaltung machen.

Im Parlament sind mit dem AL-Vorstoss aber nicht alle glücklich. Die FDP hat eine weiter gefasste Motion eingereicht. Die Stadt soll die «höchstmögliche Kontrolle» über die ihr anvertrauten Daten behalten und ihre Abhängigkeit von dominanten Drittparteien, aus welchen Ländern auch immer, «möglichst gering» halten.

Der Stadtrat hält jedoch strategisch an Microsoft 365 fest, wie

er in seiner Antwort auf die SVP-Anfrage schreibt. Gleichzeitig weist er auf Massnahmen zur Risikominderung. Die städtische Informatik OIZ wähle Cloud-Anbieter nach rechtlichen, technischen und organisatorischen Kriterien aus, definiere Schutzmassnahmen und überwache diese über ein Cloud-Compliance-Management. Bei veränderter Risikolage könnten Funktionen eingeschränkt oder gestoppt werden.

Zürich prüft Alternativen

Finanzvorsteher Daniel Leupi (Grüne) hält die Forderung nach Alternativen für berechtigt, wie er sagt. «Sie muss aber der Realität standhalten.» Damit die Stadt ihre Aufgaben erfüllen könne, brauche sie eine funktionierende, sichere IT-Infrastruktur. Ein kurzfristiger Verzicht etwa auf Microsoft-Dienste sei deshalb nicht realistisch und berge hohe Risiken, gerade auch bei der Informationssicherheit. Trotzdem prüfe OIZ Alternativen.

Die Kritik, er packe die Abkehr von Microsoft zu wenig entschlossen an, weist Leupi entschieden zurück. Die Stadt sei sich der Risiken einer Abhängigkeit von grossen Unternehmen wie Microsoft sehr bewusst. Deshalb prüfe und teste man Varianten, wie diese Abhängigkeiten reduziert werden können. Er habe interne Aufträge bereits zu einem Zeitpunkt erteilt, als noch gar keine Vorstösse zu dem Thema vorgelegen seien, sagt Leupi.

OIZ engagiere sich im Netzwerk für eine Souveräne Digitale Schweiz und habe bei der Berner Fachhochschule eine Studie in Auftrag gegeben, um mögliche Alternativen zu Microsoft-Produkten zu untersuchen. Die Stadt Zürich gehöre schweizweit zu den führenden Behörden in dieser Thematik, so Leupi. «Fest

steht aber auch, dass ein Wechsel nicht in allen Bereichen funktioniert und nicht von heute auf morgen erfolgen kann.» Klar sei zudem, dass die Gesamtkosten dadurch «nicht kleiner werden».

Weko ermittelt gegen Microsoft

Microsoft beschäftigt nicht nur die Stadtzürcher Politik. Vergangene Woche gab die Wettbewerbskommission (Weko) bekannt, dass sie gegen Microsoft ermittle. Hintergrund sind die Erhöhungen bei den Lizenzgebühren. Diese könnten Hinweise auf unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen darstellen, schreibt die Behörde. Die Preiserhöhungen betreffen laut

der Weko insbesondere das Produkt Microsoft 365.

In der Stadt Zürich haben die neuen Preise zurzeit keine Auswirkung, da der Vertrag mit dem US-Techkonzern noch bis März 2027 läuft, wie Leupi sagt. Die steigenden Kosten würden vor allem damit zusammenhängen, dass die Stadt mehr Mitarbeitende beschäftige und somit mehr Microsoft-Produkte beziehe.

Nun äussert sich auch Microsoft Schweiz. Der US Cloud Act bedeute nicht, dass die US-Regierung uneingeschränkten Zugriff auf Daten habe, sagt Sprecher Michael Isaac. «Wir verpflichten uns dazu, jede unrechtmässige Forderung nach Datenzugriff anzufechten und zurückzuweisen.» In der Schweiz habe es bisher keinen Fall gegeben, der Kundendaten des öffentlichen Sektors betroffen habe.

«Wir sind davon überzeugt, dass sich unsere Kunden nicht zwischen Innovation und digitaler Souveränität entscheiden müssen», sagt Isaac. Mit seinen Lösungen ermögliche es Microsoft, moderne Technologien zu nutzen und gleichzeitig höchste An-



forderungen an Datenschutz und Kontrolle über die eigenen Daten zu erfüllen.

IT-Experte: «Skepsis grundsätzlich berechtigt»

Fachleute sehen das kritischer. Der IT-Rechtsexperte Martin Steiger hält die Skepsis gegenüber Abhängigkeiten von US-Techkonzernen grundsätzlich für berechtigt. Er sieht das Hauptrisiko weniger im Cloud Act als in der strukturellen Abhängigkeit von grossen US-Technologiekonzernen.

Im eskalierenden Konflikt zwischen Europa und den USA könne man leider nicht mehr ausschliessen, dass der Zugang zu den Diensten der Techkonzerne als politisches Druckmittel missbraucht werde. «Unsere Behörden, auch in der Stadt Zürich, brauchen deshalb einen Plan B», sagt Steiger.

Er plädiert für die Förderung europäischer und schweizerischer Alternativen. Es dürfe in jedem Fall keine geheimen Verträge mehr geben. «Wir Bürgerinnen und Bürger können unseren Staat faktisch nicht auswählen», sagt der Anwalt. Sie hätten deshalb Anspruch auf volle Transparenz über alle Anwendungen und Dienste, mit denen ihre Daten bearbeitet würden. «Ich bin überzeugt, dass es genügend Anbieter gibt, die im Gegensatz zu den Techkonzernen nicht darauf pochen, geheime Verträge abzuschliessen.»

Offen ist, wie sich ein Ausstieg Zürichs und anderer Gemeinden auf das derzeit belastete Verhältnis zwischen der Schweiz und der Regierung von Donald Trump auswirken wird.

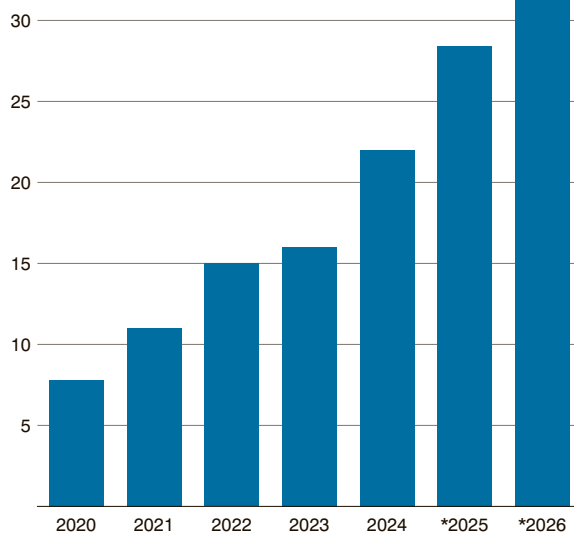
Rahul Sahgal, Chef der Handelskammer Schweiz - USA, sagt auf Anfrage, die politische Forderung nach grösserer Unabhängigkeit von US-Techkonzernen sei zwar verständlich. Aber die digitale Souveränität sei in weiter Ferne. Sollte sich die Stadt Zürich tatsächlich von Microsoft abwenden, sei das «kein positives Signal» für die Beziehungen zwischen der Schweiz und den USA. «Überbewerten», so Sahgal, «sollte man dessen Wirkung aber nicht.»



Mächtig und umstritten: Microsoft-Niederlassung im Circle am Flughafen Zürich. Foto: Urs Jaudas

Zürich zahlt laufend höhere Lizenzgebühren an Microsoft

in Millionen Franken



*Prognosen laut Budget

Grafik: eh / Quelle: Stadt Zürich

«Wir Bürgerinnen und Bürger können unseren Staat faktisch nicht auswählen.»

Martin Steiger
Anwalt und Experte für Recht im digitalen Raum